

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheinung
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 4.00 Mk.,
bei allen Postanstalten 4.50 Mk.

Druck und Verlag:
B. Hynold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortl. für den Redakteur: Paul Hynold.

Anzeigen-Preis:
für die einseitige Zeile über deren Raum 75 Pf.
Inseraten-Raum bis zum Sonntag 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Mr. 43.

Verleger: Nr. 43.

Mittwoch, den 12. Oktober 1921.

Postfachkonto
Breslau 18661

43. Jahrg.

Mundschau.

Die Schuld am Kriege.

Berlin, 6. Oktober. In neuerdings veröffentlichten russischen Geheimberichten ist folgendes zu lesen: „Ende März 1914 fand in St. Petersburg im Gebäude der Kriegsakademie unter dem Vorsitz des Kriegsministeriums eine geheime Kriegskonferenz statt, an der ... auch hohe Vertreter des französischen Generalstabes teilnahmen ... Nach Schluß der Sitzung, die gegen vier Stunden dauerte, kam der Chef der Kriegsakademie, General Schtscherbatshew, zu den im Kasino der Akademie versammelten Offizieren und sagte ungefähr folgendes:

Der Krieg mit den Dreihundmächten scheint, insofern die gegen unsere Interessen gerichteten Politik Österreichs auf dem Balkan, un vermeinlich geworden zu sein. Insofern der Nachkrieg, die wir von unserem Befanden in Belgrad, Hartwig erhalten haben, ist es sogar höchstwahrscheinlich, daß er noch in diesem Sommer zum Ausbruch kommt. Wir sind gerüstet und bereit, unsere Verbündeten, die Franzosen, sind es auch. Der Kriegsplan und unsere gemeinsamen Aktionen sind soeben endgültig festgelegt und von beiden Seiten bewilligt worden. Unsere Peshäfte sind netzlich strengstes Geheimnis; allein soviel kann ich Ihnen verraten, daß uns die ehrenvolle Aufgabe zuteil geworden ist, sofort die Offensive zu ergreifen und uns gleich mit unserer ganzen Macht auf den Feind zu werfen, da Frankreich zur sofortigen Aufnahme der Offensive nicht in der Lage ist. Wir müssen also jeden Augenblick zum Kampf bereit sein.“

Die Kriegsschuldfrage in französischer Beleuchtung.

Paris, 8. Oktober. Der Briefwechsel zwischen Renaud und Poincare über die Frage der Kriegsschuld wird heute in der „Lanterne“ zum Abschluß gebracht. Renaud kommt zu dem Ergebnis, daß Poincare Ausland erklärt habe, daß Frankreich unbedingt in den Krieg treten werde, ohne daß er sich vorher der Unterstützung Englands versichert hätte. Es hat den Anschein, als ob Poincare ungebühlich gewesen wäre, den Krieg unter allen Umständen zum Ausbruch kommen zu lassen. Renaud nennt Poincare den „ersten Totengräber Europas“. Bemerkenswert ist an dieser Auseinandersetzung, daß Renaud der royalistischen Partei angehört.

Eine würdige Trauerfeier.

München, 10. Oktober. Unter gewaltiger Beteiligung der Bevölkerung, besonders hundert von Vereinen, hatte gestern die bayerische Landeshauptstadt das Andenken der im Weltkrieg gefallenen 30000 Münchener Söhne geehrt. Der Hauptakt fand auf dem Königsplatz in Anwesenheit der Mehrzahl der Staatsminister, der Spitzen der Behörden, einer Vertretung des Landtages und der Stadt München, des früheren Kronprinzen Rupprecht und Prinzen Leopold und Konrad, des Generals Ludendorff und des Generalmajors Epp statt. Der Kardinalbischof Dr. v. Faulhaber betonte in seiner Ansprache, daß es sich nicht etwa um eine militärische Kundgebung, sondern um eine Trauerfeier zur Ehrung der gefallenen Krieger handle. Er müsse daher die Hoffnung aussprechen, daß die heutige Feier wenigstens nicht als militärischer Akt und Bedrohung des Friedens ausgelegt werde. Um der Toten willen wolle man den Lebenden helfen und die Invaliden und Hinterbliebenen nicht mit Hungerstreifen abspesen. Die Gefallenen hätten ein Recht darauf, daß ihre Hinterbliebenen vom dankbaren Vaterlande wirtschaftlich ver-

sorgt würden. Hier gelte es ein Denkmal der stolzen Verdienste zu errichten, um im Frieden die Wunden des Krieges zu heilen. Der Rede des Fürstbischofs folgte eine kirchliche Feier in Form eines Feldgottesdienstes. Hieran schloß sich ein großer weltlicher Trauerakt an, in dessen Verlauf eine Reihe von Ansprachen zur Würdigung der Verdienste der Gefallenen gehalten wurden.

Bitte um den göttlichen Segen.

London, 6. Oktober. Der Erzbischof von Canterbury richtete in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundes zur Förderung der Freundschaften durch die Kirche an den Präsidenten der nationalen Kongre von 25 Staaten, darunter auch Deutschland einen Brief, in dem er einludet, am Sonntag den 6. November Gebete abhalten zu lassen, um den göttlichen Segen für die Abrüstungskonferenz anzurufen. Er will Mörder sein.

Düsseldorf, 7. Oktober. Gestern nacht wurde in einem Kaffeehaus der Kaufmann Max Müller aus Stettin von der Polizei verhaftet, weil er erklärte, der Mörder Erzbergers zu sein. Die Polizei sieht jedoch seinen Angaben sehr skeptisch gegenüber.

Der von der Düsseldorf Polizei verhaftete Kaufmann Müller, der behauptet hat, der Mörder Erzbergers zu sein, wird für geisteskrank gehalten. Dieser Eindruck wird noch durch die Tatsache verstärkt, daß er Wortsinnlos ist. Müller wird vorläufig in Haft gehalten.

Die Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.

Paris, 8. Oktober. Havas meldet über die Eisenbahnkatastrophe im Tunnel bei St. Lazare, daß die Gesamtzahl der Toten mit 72, die der Schwerverletzten mit 123 festgestellt worden ist, während 130 leichter Verletzte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Von dem Eisprung sind nur wenige Personen verletzt, da die Explosion in dem Vorortzug erfolgte, auf den die Lokomotive des Eisprunges aufgefahren war. Unter den Toten befindet sich der Deputierte Boulliers aus St. Etienne.

Tausend Menschen ertranken.

London, 9. Oktober. Der Dampfer „Rowan“ ist auf der Fahrt von Glasgow nach Dublin im Stütz of Clebe bei dichtem Nebel nacheinander mit zwei Dampfern zusammengefahren und gesunken. Nach den hier eingelaufenen Berichten hatte der Dampfer 37 Mann Besatzung und über 1000 Fahrgäste an Bord. 24 Mann der Besatzung und 53 Fahrgäste wurden gerettet. Von den Fahrgästen sind zwei nach der Rettung gestorben.

Die hartnäckigen Türken.

Konstantinopel, 9. Oktober. Die amtlichen Kreise der Türkei beschäftigen, daß von Friedensunterhandlungen nicht die Rede sein kann, bevor die vollständige Räumung Kleinasiens und Thrakiens durch die Griechen erfolgt sei.

Oberschlesien.

Wie steht es mit Oberschlesien, Herr Reichstanzler?

Freiburg, 7. Oktober. Der Reichstanzler Dr. Wirth empfing heute den Korrespondenten der „Wosler Nationalzeitung“ und gewährte ihm eine Unterredung, die folgenden Verlauf nahm:

Frage: Wie steht es mit Oberschlesien?
Ueber den Stand der ober-schlesischen Angelegenheit kann ich Ihnen bestimmte Angaben nicht machen. Wir wissen weder, ob die Verhandlungen zurechtfinden sind, daß der Spruch des Völkerbundsrates in den nächsten Tagen bekanntgegeben wird, noch wissen wir, welchen Vorschlag sich der Völkerbundsrat zu eigen-

macht. Ich kann mich weder pessimistisch, noch optimistisch äußern. Für uns gibt es nur eins: Unser festest unbeständiger Glaube an das Recht.

Frage: Wie denken Sie, Herr Reichstanzler, über die Zukunft des Landes, wenn das Gebiet bei Deutschland bleiben sollte?

Was die staatsrechtliche Seite Ihrer Frage betrifft, so kann ich Sie nur auf die Antwort verweisen, die der Herr Reichsminister des Innern am letzten Freitag auf die Anfrage der ober-schlesischen Abgeordneten gegeben hat. Dr. Gradnauer erklärte im Einverständnis mit der preussischen Regierung, daß das Gesetz betreffend Oberschlesien vom 27. November 1920, das sogenannte Autonomiegesetz, unter allen Umständen durchgeführt wird, sodaß in jedem Fall die ober-schlesische Bevölkerung selbst durch Abstimmung über die Bildung des Landes Oberschlesien entscheiden wird. Ich kann das nur nochmals unterstreichen: Was durch Gesetz den Oberschleslern zugesagt ist, das wird auf jeden Fall gehalten werden. Das Schicksal des Landes ist somit in die Hände der Bevölkerung selbst gelegt. Die Bestimmungen der Weimarer Verfassung bieten ja bereits die Gewähr, daß in Oberschlesien die natürlichen Rechte der Bevölkerung erhalten bleiben, die sich auf den Besonderheiten dieses Landes ergeben. Niemand wird im Gebrauch seiner Muttersprache, sei sie deutsch oder polnisch, irgendwo behindert werden. Selbstverständlich ist auch die völlige Freiheit der Religionsübung. In einem Lande Oberschlesien kann die Bevölkerung überdies ja noch die Wahlnahme in gesetzgeberischer Form zur Durchführung bringen, die sie zur Erhaltung der kulturellen Eigenart Oberschlesiens für notwendig erachtet.

Frage: Was halten Sie, Herr Reichstanzler, von der vörschlesischen Bewegung in Oberschlesien?

Ich glaube fest daran, daß eine Politik der Veröhnung die allerbeste Lösung der ober-schlesischen Frage, wie sie sich jetzt darstellt, sein wird. Ich glaube auch daran, daß eine solche Politik, die einzige die wir betreiben können, Erfolg hat, weil sie Erfolg haben muß. Nur Veröhnung kann diesem Lande den lang ersehnten Frieden geben. Die deutschen Kreise in Oberschlesien sind erbliche Anhänger des Veröhnungsgedankens. Sie haben nach dem Plebisit ihren polnischen Gegnern die Hand geboten. Da kam der Zustand, der zunächst jede Veröhnung zunichte machte, der neues Blutergießen über das Land brachte. Aber die Ergebnisse des dritten polnischen Aufstandes haben jedoch gezeigt, daß nur Veröhnung das Heilmittel ist, das allen helfen kann. Die ober-schlesische Bevölkerung darf überzeugt sein, daß niemandem aus seiner Haltung vor, während und nach der Abstimmung irgendwelche Schäden und Nachteile erwachsen wird. Wir müssen aber auch von den Oberschleslern erwarten, die am 20. März ihre Stimme für Polen abgaben, daß sie, wenn die Entscheidung über Oberschlesien gefallen ist, ehrlich und loyal am Wiederaufbau Oberschlesiens mitarbeiten. Wir glauben das auch erwarten zu dürfen, da eine gemeinsame Wiederaufbauarbeit aller Bevölkerungskreise bringend von nöten ist, wenn die furchtbaren Wunden geheilt werden sollen, die die Abstimmungsgzeit dem Lande geschlagen hat.

Inzwischen bilden alle Augen in Deutschland nach Oens. Eine Entscheidung, die unserem guten Recht nicht entspricht, würde nicht nur jede Möglichkeit eines Wiederaufbaus für das unglückliche Oberschlesien vernichten, sie würde auch das demokratische friedliche Deutschland ins Herz treffen. Gebe Gott, daß sich diese deutsche und auch europäische Lebensfrage zum Guten wende.

Ein staatsrechtliches Kuriosum.

Genf, 7. Oktober. Die beiden vom Völkerverbundrat mit der ober-schlesischen Frage betrauten Sachverständigen werden folgenden Vorschlag unterbreiten:

Der Teil Oberschlesiens, der gebildet wird vom halben Kreise Lublitz, den Kreisen Tarnowitz, Pleß, Rybnik, Kattowitz und Beuthen, einschließlich der Städte, sowie von Königsgrün, fällt politisch an Polen, wirtschaftlich jedoch wird er in Verbindung mit der Gegend von Teschen und Pleß selbständig und durch Geldwährung, Eisenbahnverwaltung und Zollfreiheit mit Deutschland verbunden.

Oberschlesien wird als ein Staatsgebilde, dessen politischer Kopf Warschau und dessen wirtschaftlicher Kopf Berlin sein werden.

Deutschland wird sich nie und nimmer mit dieser Entscheidung, falls sie Tatsache werden sollte, abfinden und selbstverständlich für ein polnisches Oberschlesien weder Geldwährung noch deutsche Verkehrsvereine gewähren. Eine derartige Wendung aus Genf liegt übrigens in Berlin nicht vor.

Eine neue Wendung.

Oberschlesien — Freistaat unter deutsch-polnischer Verwaltung?

Genf, 10. Oktober. In der ober-schlesischen Angelegenheit, die unmittelbar vor der Entscheidung steht, muß sich im letzten Augenblick noch eine neue Wendung vollzogen haben, aber deren Ursachen und mögliche Formen noch nichts Bestimmtes bekannt ist. Die auf den gestrigen Sonntag nachmittags angeordnete Sitzung des Völkerverbundesrates ist nämlich gestern vormittag plötzlich abgesetzt und auf Montag vormittag 1/11 Uhr verschoben worden. Dagegen versammelte sich die Völkerverbunds-Kommission gestern vormittag. Wie aus im allgemeinen sehr gut unterrichteten Kreisen gemeldet wird, ist die gegenwärtige Lage etwa folgendermaßen:

Die Völkerverbunds-Kommission des Völkerverbundesrates war sich über einen Teilungsplan einig geworden, der, wie bereits vor einigen Tagen gemeldet, einen größeren Teil des Industriegebietes und fast den ganzen Kreis Rybnik bei Deutschland belies, dagegen Polen den Kreis Pleß und größere Teile der Kreise Lublitz und Rosenberg zuteilte. Die Vernehmung der deutschen und polnischen Arbeiterführer, die ziemlich übereinstimmend die Unteilbarkeit des eigentlichen Industriegebietes erklärten, soll nunmehr bei der französischen Regierung der Plan wieder in Erinnerung gebracht haben, das Industriegebiet zu neutralisieren und zwar mit einer gemeinsamen deutsch-polnischen Verwaltung unter Oberaufsicht des Völkerverbundes für eine längere Reihe von Jahren.

Der Gedanke, daß diese Lösung gegen den Versailles-Vertrag verstoßen könnte, sei vom Völkerverbundrat damit beschwichtigt worden, daß der Vertrag in keiner Weise vorsehe, zu welchem Zeitpunkte die Grenzlinie festgelegt sei. Wie es heißt, schloße die Grenze des neutralisierten Gebietes auch eine Anzahl rein landwirtschaftlicher Bezirke mitschließe und südlich des sogenannten Industriegebietes ein. Die Entscheidung, die heute oder morgen vorgenommen werden sollte, dürfte sich nun wohl noch einige Tage hingehen. Die Zustimmung der englischen Regierung soll noch nicht erfolgt sein, indessen zweifelt man nicht daran, daß sie sie geben wird.

Bewachtet sich diese Nachricht, die selbstverständlich mit Vorbehalt wiederzugeben wird, so würde also damit zu rechnen sein, daß aus dem ganzen Gebiet östlich der Westgrenze der Kreise Tarnowitz, Toß und Rybnik für etwa 15 oder 20 Jahre

ein neutraler Staat

geschaffen würde, der von Deutschland und Polen gemeinsam verwaltet werden soll. Der Kreis Toß soll übrigens nur teilweise in das neutralisierte Gebiet eingezogen werden.

Der deutsche Botschafter in London nach Berlin berufen.

Berlin, 10. Oktober. Wie von zuständigen Stellen gemeldet wird, hat der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rosen, veranlaßt durch die beunruhigenden Gerüchte über Oberschlesien, den Londoner Botschafter Stüamer zur Berichterstattung nach Berlin berufen. Botschafter Stüamer traf gestern hier ein, konferierte im Laufe des Tages längere Zeit mit dem Reichsaußenminister und hat sich abends wieder auf seinen Londoner Posten zurückbegeben.

Katzenstroläher in Genf.

Paris, 8. Oktober. Gavas meldet aus Genf: Der Völkerverbundrat sei nicht in der Lage, ein Gutachten über die ober-schlesische Frage abzugeben. Die Schlussfolgerungen der vier nichtständigen Mitglieder, die mit der Prüfung der Aufgabe beauftragt seien, wurden dem

Völkerverbundrat noch nicht unterbreitet. Dieser nehme erst Anfang nächster Woche in einer Vollversammlung davon Kenntnis.

Paris, 8. Oktober. In der ober-schlesischen Frage ist infolge einer Wendung eingetreten, als eine Entscheidung des Völkerverbundesrates nicht vor Donnerstag erwartet wird. Es sind im Rat des Völkerverbundes Konflikte aufgelaufen. Man meldet ferner, daß eine Entscheidung bereits vorbereitet war und den verschiedenen Regierungen übergeben worden ist. Die Regierung in London hat jedoch ihre Vertreter nicht ermächtigt, ihre Zustimmung zu geben, weil die vorgeschlagene Grenzregulierung für Polen zu günstig war, indem sie die beiden Städte Königsgrün und Kattowitz Polen zuteilen wollte, während Lord George auf der Pariser Konferenz diese beiden Städte an Deutschland zuteilen wollte.

Das Geheimnis von Genf.

Genf, 7. Oktober. Aus dem Geheimnis der Völkerverbunds-Kommission des Völkerverbundesrates über Oberschlesien dringt noch nichts Bestimmtes in die Öffentlichkeit. Insofern wird die öffentliche Meinung mit allerhand Gerüchten verortet. Nach einem solchen Gerücht soll die Stadt Beuthen und der größte Teil des Kreises Beuthen sowie die Kreise Gubenburg und Rybnik deutsch bleiben, während der Kreis Pleß mit der südlichen Ecke des Industriebezirks einschließlich Kattowitz — fraglich ist angeblich das Schicksal von Königsgrün — an Polen fallen. Für den Kreis Rybnik, der in der Mehrheit polnisch gestimmt hat, aber aus wirtschaftlichen Gründen bei Deutschland belassen wird, soll Polen, wie man annimmt, im Nordosten, das heißt in den Kreisen Lublitz und Rosenberg Entscheidung gegeben werden. Auch den Gedanken einer zwangswelken wirtschaftlichen Ueberweisung zwischen Polen und Deutschland soll berührt worden sein. Man versichert, es sei noch nicht bestimmt, ob der Rat seine Entscheidung sofort bekanntgeben, oder sie zunächst geheim dem Obersten Rat vorlegen will. Dagegen werde die Entscheidung des Völkerverbundesrates spätestens für Mitte nächster Woche erwartet. Möglicherweise solle sie schon früher. Erwähnt sei noch, daß in Völkerverbunds-Kreisen gerüchtelt sei noch immer viel von der Möglichkeit einer Neutralisierung des Industriegebietes gesprochen wird.

Beratung über Vorkehrungsmaßnahmen.

London, 7. Oktober. Das Reuters-Bureau erzählt aus wohlinformierter Quelle, daß Vertreter der britischen, italienischen und französischen Regierung am Sonntag in Paris zusammentraten, um die Vorbereitungen für die Maßnahmen zu beraten, die von den Truppen der drei Mächte in Oberschlesien im Falle der Verkündung der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens zu ergreifen sind.

Paris, 9. Oktober. „Chicago Tribune“ meldet: In der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz vertraten die Vertreter Englands und Italiens die Ansicht, daß die gegenwärtigen in Oberschlesien stationierten Truppen ausreichend stark seien, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde wurde auch kein Beschluß gefaßt.

Polen und die Entscheidung des Völkerverbundesrates.

Berlin, 6. Oktober. Aus Anlaß der angeblich bevorstehenden Entscheidung des Völkerverbundesrates schreibt der „Dziennik Berlinski“ über die Haltung Polens: Zum Glück ist Polen nicht verpflichtet, das Urteil des Völkerverbundesrates in der ober-schlesischen Sache anzunehmen, denn der Versailles-Friedensvertrag schreibt ausdrücklich deren Erledigung auf dem Wege des Plebiszits und im Einvernehmen mit dem Obersten Rate vor. Polen wird natürlich von diesem Rechte Gebrauch machen und die Entscheidung des Völkerverbundes nicht annehmen, wenn es sie für ungerecht betrachtet. Sollte die Entscheidung ungerecht ausfallen, so muß auch das weitere Verhältnis Polens zum Völkerverbund in demselben Moment entschieden sein, d. h. abgebrochen werden. Nicht dazu zählt Polen jährlich 1 Million Franken oder ca. 1 1/2 Milliarden polnische Mark zu Zwecken der Unterhaltung des Völkerverbundes und nicht dazu hält es durch seine Mitgliedschaft als großer Staat die Bedeutung des Völkerverbundes aufrecht, daß es, Polen, von der Liga als Nebenbühler und als Objekt zur Ausführung von ungewissen Experimenten von ihm betrachtet werde.

Die Teilbarkeit oder Unteilbarkeit Oberschlesiens.

Kattowitz, 8. Oktober. Die ober-schlesische Kommission im Völkerverbundrat hat die seiner Zeit von führenden wirtschaftlichen Persönlichkeiten ausgearbeitete Denkschrift über die industrielle Struktur Oberschlesiens und seine Be-

deutung auf dem Weltmarkt eingefordert, um aus ihr alle Beweggründe zu registrieren, die gegen die Ansicht der J. R. von der Teilbarkeit Oberschlesiens entwickelt wurden. Insbesondere wollte man sich durch das in der Denkschrift enthaltene Material einen Maßstab für die Unterlegenheit verschaffen, die die J. R. bei der Abfassung ihres Gutachtens berücksichtigt hat. Zusammen eine Ergänzung oder Korrektur dieses Gutachtens nötig sein wird, wird sich aus der Gegenüberstellung beider Schriftstücke ergeben. Die erwähnte Denkschrift wurde vor einigen Monaten der J. R. als Beweis für die Unteilbarkeit Oberschlesiens überreicht.

Verständigung noch in diesem Monat.

Genf, 10. Oktober. Das Journal meldet aus Paris, der Botschafterrat habe über Oberschlesien beschlossen, daß die Internationalisierte Kommission den Zeitpunkt der Bekanntgabe der Entscheidung des Obersten Rates zu bestimmen habe, der noch in diesem Monat zu erwarten sei. Der Botschafterrat habe an die J. R. die Anfrage richten lassen, ob die bisherigen willkürlichen Maßnahmen die absolute Garantie geben für die Unmöglichkeit neuer Ansprüche in Oberschlesien bei Verkündung der alliierten Entscheidung. Der Botschafterrat ist im anderen Falle bereit, die Entente-Truppen in Oberschlesien vor Bekanntgabe der Entscheidung in dem notwendigen Umfang zu verhalten. Die nächste Sitzung des Botschafterrats findet am kommenden Freitag statt.

Genf, 10. Oktober. Der Temps meldet: Die Beratung über Oberschlesien im Völkerverbundrat ist seit einigen Tagen im Gange. Die Gehaltshaltung der Verhandlungen wird streng durchgeführt. Die nächsten Tage sind Sitzungstage, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, ausführliche Berichte des Ausschusses mit ihren Regierungen zu erstatten. „Echo de Paris“ meldet, die Öffentlichkeit werde über die amtlichen Beratungen in Genf erst wieder amtliche Mitteilungen erhalten, wenn die Beschlüsse des Obersten Rates vorliegen.

Kein Grund zur Beunruhigung!

Paris, 10. Oktober. Der Genfer Berichterstatter des „Britt Journal“ meldet zur ober-schlesischen Frage, daß alles, was bisher veröffentlicht worden ist, nicht über Kombinationen hinausgeht, bei denen der Wunsch der Vater des Gedankens sei. Der Völkerverbundrat habe von den Ergebnissen der Beratungen des Völkerverbundesrats noch keine Kenntnis genommen. Wahrscheinlich werde jetzt am Montag seine Kollegen zusammenrufen, um ihnen den Beschluß der Völkerverbunds-Kommission vorzulegen. Alle Informationen über angebliche Esorgallente enthalten der Begründung. Die vier haben ihr Gutachten lediglich auf Grund eigener Studien und Berichte der Sachverständigen ausgearbeitet. Der Rat des Völkerverbundes werde wahrscheinlich zwei bis drei Sitzungen abhalten, um seine Ratssache zu revidieren. Dann müsse er sich über sein Verhältnis zum Obersten Rat schlüssig werden. Der Berichterstatter meint, daß man im Laufe dieser Woche auf die Lösung der schwierigen Frage rechnen dürfe.

Der Berichterstatter des „New York Herald“ in Genf teilt mit, daß den Mächten die Entscheidung des Völkerverbundesrates bereits vorgelegen habe, daß sie aber ihren Vertretern noch nicht gefaßt hätten, sie zu unterzeichnen. Auch nach diesem Blatt soll vor Donnerstag auf keine Entscheidung zu rechnen sein. Die „Liberte“ glaubt zu wissen, daß England seine Zustimmung verweigert habe, weil die Entscheidung für Polen zu günstig sei.“ Das Blatt schreibt: Wenn die Entscheidung in Genf nur von denen angenommen wird, denen sie Vergünstigungen macht, dann gehen wir ja nächsten Tagen entgegen.

Die Wetten über Oberschlesien.

London, 10. Oktober. Die Wetten über Oberschlesien bei Bloys in London fanden am Sonntagabend 3 für die Selbständigkeit Oberschlesiens, 2 für Zuteilung von zwei Dritteln an Polen und 5 für Zuteilung von zwei Dritteln an Deutschland. Hinsichtlich des Industriegebietes wird geteilt: drei für Deutschland, eins für Polen, vier Autonomie.

Die Genfer Lösung

steht Oberschlesien vor schwerwiegenden Entschlüssen. Infolgedessen ist eine Stellungnahme der öffentlichen Meinung nicht eher möglich, als bis die amtliche Bekanntgabe der Grenzfestsetzung durch den Obersten Rat erfolgt ist.

Genf, 9. Oktober. Heute abend sind vier weitere Vertreter des Völkerverbundes aus Oberschlesien eingetroffen und zwar diesmal aus den Kreisen Rybnik und Pleß, unter Führung des Freiherrn von Steigenfels-Bilgramsdorf, um mit den Völkerverbundsdelegierten persönliche Führung zu nehmen.

Sohrauer Lichtspiele

Mittwoch, den 12. Oktober 1921:

Programm

Die 7 Todsünden!

Eine dramatische Glanzleistung
in 5 Akten.

Die Liebesbrücke!

Schwank in 3 Akten.

Die **urkomische**
Helene Voss
in Nöten.

Waschechtester Berliner Humor.

I. Vorführung um 7 Uhr.

II. Vorführung um 8 1/2 Uhr.

Bitte **Photos** im Kinofenster
zu beachten!



Broll's Restaurant.

Mittwoch, den 12. Oktober 1921:

Schweinschlachten!!

Vormittags von 9 Uhr ab **Wellfleisch**
und **Wellwurst**, abends

Wurstabendbrot.

Wurstverkauf auch außer dem Hause.

Es laßt ergebenst ein

Johann Szepanek.

Klavierstimmer

der Firma **Cloppik-Deuthen** ist in den nächsten
Tagen hier zum Stimmen des **Kino-Klaviers**
anwesend. Weitere Bestellungen in der Expe-
dition dieses Blattes erbeten.

Verloren: Braune Ledertasche
mit Geldinhalt, Legitimationskarte und Photo-
graphien. Der ehrliche Finder wird gebeten,
dieselbe gegen hohe Belohnung abzugeben bei

Viktor Gromnitza

Schlosser, Baranowitz.

Gut erhaltenes

Fahrrad

zu kaufen gesucht. Best. Angebote unter
D. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Auf meinem Acker beim Stadtwalde (Dem-
blino) habe ich zur Vertilgung von Raubzeug

Gift

gelegt.

Bochenek.

— Wir suchen eine —

Contoristin.

Nur schriftliche Meldungen an

Paulshütte.

Zwei tüchtige und verlässliche

Hausmädchen

werden für einen Willenhanhalt von vier
Personen in Berlin-Spandau gesucht.
Mt. 150—200 Lohn für gute Kraft. Ange-
bote mit Zeugnisabschriften oder Empfehlun-
gen an die **Villa Columbus, Berlin-**
Spandau, Kaiserstr. 2.

Waldbestände

geschlagene und stehende

Brennhölzer, Rollen usw.

jedes Quantum gesucht zu höchsten Preisen.

Bemittelung gute Provision.

A. Liehr & Söhne, Lüben-Altstadt

i. Schleien.

Für die uns anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres
guten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders und Onkels

des Gasthausbesitzers

Max Goldschmidt

aus Golassowitz

bewiesene Teilnahme sagen wir hierdurch allen unsern innigsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Dorothea Goldschmidt, geb. Schaal.

Georg Flnke und Frau.

Einem geehrten Publikum von Sohrau Oe. und Umgegend die
ergebene Mitteilung, daß ich die dem Herrn Sattlermeister Weitz
(Kurek's Nachfolger) gehörige

Sattlerei

käuflich erworben habe. Es wird mein stetes Bestreben sein, meiner
werten Kundschaft mit reeller Ware und prompter Bedienung aufzuwarten.
Neuanfertigungen und Reparaturen sämtlicher in mein
Fach schlagenden Arbeiten werden sauber und gewissenhaft ausgeführt.
Ich bitte höflichst, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen
auch auf mich übertragen zu wollen.

Gleichzeitig empfehle mein reichhaltiges Lager in feinen Lederwaren.

Hochachtungsvoll

Paul Lipina

Sattlermeister.

Die für den 18. Oktober 1921 im **Wieczorek'schen Gast-**
haus in Ruptau anberaumte

Versteigerung findet nicht statt.

Dom. Ober-Goldmannsdorf Kreis Ples

sucht zum Neujahr 1922 einen

verh. Stellmacher

mit eigenem Werkzeug,

der auch versteht, die Dampfdruckmaschine zu
führen. Meldungen sind zu richten an die
Gutsverwaltung.

Zwei Lehrlinge

die das Sattlerhandwerk gründlich erlernen
wollen, können sich bald melden.

Paul Lipina, Sattlermeister
Sohrau Oe.

Ein Landauer

(neu) steht zum Verkauf bei
Josef Pawlas, Landwirt, Rowin.

Ein Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern, kann eintreten bei
N. Hilla, Bäckermeister.

Ein geschickter Knabe kann sich als

Friseurlehrling

melden.

A. Wrobel.

Ein jüngeres Mädchen

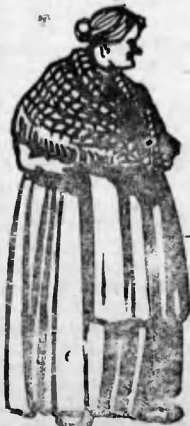
für leichte Hausarbeit zum baldigen Antritt
gesucht.

H. Eras, Baugegeschäft, Sohrau.

Ein tüchtiges Mädchen

für Alles mit Kochkenntnissen für guten
Haushalt zum baldigen Antritt gesucht.
Offerten an die Expedition dieses Blattes.

*Ich wasch' bei Euch im Haus nur dann
Wenn ich **Persil**
bekommen kann!*



Kein Waschbrei, kein Reiben und Bür-
sten; schnelles und leichtes Waschen
bei größter Schonung des Gewebes.

PERSIL

das beste selbsttätige Waschmittel
von größter Waschwirkung. Überall
erhältlich nur in Original-Packung,
niemals lose.

Ausschließliche Hersteller: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.**

Die schönsten Handarbeiten

nach den vorzüglichsten Anleitungen
und herrlichen Mustern von
Mejers Handarbeitsblättern



Kunststoffe • Schiffsarbeiten
(3 Bände) • Stickarbeiten für
Kinder • Stickarbeiten • Kettsticker
Bettwäsche und Leinwandarbeiten •
Nadelarbeiten (3 Bde.) • Socken-
Spinnen • Nadelspinnen • Weis-
ticken • Häkeln (3 Bände) • Hus-
schmittarbeiten (2 Bde.) • Baumli-
kerel (2 Bde.) • Kreuzstich (2 Bde.)
Handarbei • Klappeln usw.
Jeder Band **9,90** überall zu
haben oder
Verlag Otto Beyer, Leipzig,
Postfach-Ronto Leipzig 52279.